

Bad. Zeitung 25.01.1990

Das Ringen um den Einsatz für die vier Iraner am Dienstag im Gemeinderat:

Wenn der Anwalt wichtiger wird als die konkrete Hilfe

Kritik an baden-württembergischer Praxis – Wenig Sensibilität bei Stadtrat Buri und Tränen bei Stadtrat Ditgens

EMMENDINGEN. Erst im Verlauf präziser Erkundigungen über das bundesdeutsche Asylrecht und dessen Praxis sei ihm, so bekannte Oberbürgermeister Ulrich Niemann am Dienstag dem Gemeinderat, in den letzten Tagen klageworden, daß die Asylbewerber an den Grenzen unseres Landes eher einen Anwalt bräuchten, als daß sie umgehend Hilfe bekämen. Und SPD-Stadtrat Rainer Ditgens brach in Verzweiflung aus und danach sogar in Tränen, als er seinen diskutierenden Mitstadträten zurief: „Wenn ich sehe, daß sich ein Mensch das Leben nehmen will, dann muß ich ihm doch helfen.“

Szenen der Iraner-Debatte im Gemeinderat der Großen Kreisstadt, die der OB mit Zustimmung der Fraktionssprecher zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen und mit dem Ja fast aller Stadträte unter Zeitnot mitten in die übrigen Themen hineinplaziert hatte. Nur FWV-Stadtrat Wolfgang Buri schien das Gewicht dieser Stunde nicht zu erkennen, als er die Abänderung der Tagesordnung als „unfair“ be-

schimpfte und „die Leute“ aufforderte zu warten, bis die übrigen Punkte ausdiskutiert seien.

Manchen Stadträten mag noch immer neu gewesen sein, daß es für diese vier vor dem Rathaus hungerstreikenden Iraner keine einheitliche Rechtssituation gibt. Doch dies machte die Beratung darüber, in welcher Weise die Stadt Emmendingen ihnen helfen kann, nur noch komplizierter und erforderte eilends aus Freiburg herbeitelefontierten juristischen Beistand, der über die Laien nur schwer verständliche Rechtslage und über die geringen Möglichkeiten Aufschluß gab.

Übereinstimmend der Wunsch, der dann gestern, 18 Stunden nach der Debatte, endlich in Erfüllung ging: die vier Iraner mögen ihren Hungerstreik aufgeben. SPD-Stadtrat Dreßen fühlte sich von ihnen gar „erpreßt“, wollte erst nach dem Abbruch über Hilfe reden: Eine Position, für die der Sozialdemokrat keine Mehrheit fand: Das Ziel, die vier Asylbewerber auf keinen Fall zu Schaden kommen zu lassen,

dominierte.

Immerhin: Gemeinderat und Stadtverwaltung können, so die Erfahrung des Freiburger Anwaltes Konstantin Thun, „klare Positionen öffentlich machen“, können nachhaltig kundtun, daß sie eine drohende Abschiebung nicht gutheißen: „Wenn Sie das tun, ist es für die Landesbehörden ein ganzes Stück schwieriger, trotzdem abzuschieben.“ Denn in Baden-Württemberg sei die Gefahr, daß Iraner abgeschoben werden, offenbar größer als in anderen Bundesländern. „Schwer nachvollziehbar“ nennt es Thun, „warum diese Leute jahrelang nicht arbeiten dürfen“, schwer verständlich, daß selbst die ebenfalls CDU-regierten Bundesländer Hessen und Niedersachsen auf jene Abschiebung von Iranern verzichteten, die Baden-Württemberg zu vollziehen pflege.

„Unmenschlich“ ist für Konstantin Thun der jahrelange Druck, nur geduldet zu sein und alle sechs Monate fürchten zu müssen, diese Duldung werde nicht erneuert. Ulrich Niemann sagt ihm zu zu prüfen, ob die Stadt auf das Verbot der Er-

werbstätigkeit verzichten, den Asylbewerbern gemeinnützige Arbeit anbieten kann. Doch Stadtoberrechtsrat Karl-Heinz Ruder bremst die plötzliche Zuversicht, die Stadt könne für diese Iraner wirklich doch etwas tun.

Er verweist, ganz Jurist, darauf, daß der Gemeinderat der Stadt als untere Verwaltungsbehörde ein Handeln gar nicht diktieren, ihm allenfalls eine Empfehlung geben kann. Und wenn die Stadträte die eigene Stadtverwaltung gar „verpflichten“ wollen, irgendetwas zugunsten der Iraner zu tun oder zu lassen, was nicht eindeutig vom Asylverfahrensrecht gedeckt sei, müsse der OB gar amtlich widersprechen...

CDU-Stadtrat Uwe Herrigel, ebenfalls Jurist, hebt das Formale nicht auch hervor. Er will „das Schicksal dieser Iraner lindern“, stellt klar, daß keiner an eine Eskalation denkt, appelliert dazu, für die Asylbewerber alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Und er hat nur begrenztes Verständnis für den städtischen Rechtsamtsleiter und dessen „allzu strikte Dar-

stellung juristischer Positionen“. Ein Rüffel, den der Nicht-Jurist Niemann so nicht stehen lassen mag; es gehe ja auch darum, die Gemeinderatsbeschlüsse juristisch Bestand haben zu lassen.

Ehe sich der Gemeinderat einstimmig hinter den mehrfach korrigierten Grünen-Antrag stellt und bei formaler Enthaltung des OB auch hinter die Handlungsaufforderungen an die Stadtverwaltung, verweist Niemann auf die Einschätzung des Bonner Auswärtigen Amtes, seit Mitte 1989 – seit Chomeinis Tod also – sei kein rückkehrender Iraner mehr wegen eines im Ausland gestellten Asylantrages mit einem Strafverfahren überzogen worden.

Doch seine Parteifreunde Reinhard Opitz und Frauke von Troschke sind da skeptisch: Lagebeurteilungen des Genscher-Ministeriums hätten sich schon mehrfach als falsch erwiesen und, so die SPD-Stadträtin, immerhin sei es Bonner Praxis, „die Lage überall dort beschönigt darzustellen, wo wir wirtschaftliche Interessen haben.“

kie